

## „Griechenland wird abermals pleitegehen“

Ifo-Präsident Hans-Werner Sinn warnt in Bonn vor dem Club La Redoute vor Zuspitzung der Eurokrise

VON JULIAN STECH

**BONN.** „Helmut Kohl hatte den Euro als Friedensbringer angekündigt, aber ich habe noch nie so viel Auseinandersetzung zwischen den Eurostaaten erlebt wie jetzt.“ Es sind deutliche Worte, die Hans-Werner Sinn am Donnerstagabend im Rheinhotel Dreesen in Bad Godesberg findet. Deutschlands wohl bekanntester Wirtschaftsforscher und Präsident des Münchener Ifo-Instituts referierte auf Einladung des Internationalen Clubs La Redoute zum Thema: „Die Europäische Zentralbank – Retter oder Hegemon der Eurozone?“

Und der streitbare Ökonom macht schnell klar, was er von den Maßnahmen der Währungshüter hält. Ziel des gerade beschlossenen Programms zum Aufkauf von Staatsanleihen sei es, Inflation im Norden der Eurozone zu schaffen, dort Preise und Löhne zu treiben, um auf diese Weise die Wettbewerbsfähigkeit der Schuldenländer im Süden zu verbessern – auf Kosten auch des Außenwerts des Euro. Das Programm werde „dramatische Auswirkungen auf den europäischen Kapitalmarkt haben“, prognostiziert der 66-Jährige. „Die Sparer in Deutschland werden enteignet, und es ist illegal. Aber es wird funktionieren.“

Dass die Inflationsrate in Deutschland gerade auf ein Fünfjahres-Tief gefallen ist, dass eine ähnliche Geldpolitik in Japan ganz andere Ergebnisse gebracht hat, bringt den gebürtigen Westfalen Sinn an diesem Abend nicht von seinem einmal eingeschlagenen Argumentationskurs ab. Ruhig und nüchtern trägt er vor und überlässt die Schockwirkung den gewaltig nach oben und unten ausschlagenden Liniencharts auf der Leinwand zu Zinsen, Schulden und Wettbewerbsfähigkeit – den dramatischen Höhepunkt setzt meist die zuletzt eingeblendete Kurve Griechenlands. Sinn, gern gesehener Gast in Talkshows, weiß, wie man Zuhörer fesselt.

„Ich glaube, dass Griechenland abermals pleitegehen wird“, prognostiziert Sinn, schließlich sei das Land schon viermal Konkurs gegangen, zuletzt vor drei Jahren, als mit den privaten Gläubigern ein Schuldenschnitt vereinbart wurde. Viel von dem, was Sinn vorbringt, ist unter Ökonomen unstrittig: Die Griechen seien bei den Arbeitskosten nicht wettbewerbsfähig, hätten doppelt so hohe Löhne wie die Polen, seien aber nicht einmal halb so produktiv. „Das ist die harte Realität, an der die Pläne der Politiker zerbrechen werden“, folgert Sinn und beweist mit solchen und ähnlichen Schlussfolgerungen, dass er selbst Ökonom und eben kein Politiker ist.

Sinn zufolge bleiben der europäischen Politik und der Zentralbank als Weg aus der Krise nur „vier trostlose Optionen“: Erstens eine Transferunion, die teilweise schon Realität sei, weil ein großer Teil der Kredite von den Schuldenstaaten nicht zurückgezahlt werden könne. Zweitens eine Deflation im Süden, die aber Grenzen habe, weil bei sinkenden Preisen und Löhnen es für die Menschen und Unternehmen dort immer schwerer werde, Schulden zu bezahlen. Sinn: „Viele werden dann zahlungsunfähig.“ Drittens der Versuch einer Inflationierung des Nordens, was die EZB aktuell mit dem Anleihekäufprogramm versuche. Und viertens: Austritte aus der Währungsunion.

Griechenland müsse den Euro verlassen, fordert Sinn, und unter den rund 300 Zuhörern im voll besetzten Veranstaltungssaal des Rheinhotels Dreesen brandet Applaus auf. Zuvor sei eine Schuldenschnittkonferenz nötig, um „den Tatsachen ins Auge zu schauen“ und einen realistischen Schuldenschnitt zu vereinbaren. Ein Wiedereintritt Griechenlands müsse ja nicht ausgeschlossen sein. Sinn nennt sein Modell die „Atmende Währungsunion“.

Mehr als 1,3 Billionen Euro seien die bisherigen Rettungspakete schwer, rechnet Sinn vor. Davon würden aber nur 17 Prozent von den Parlamenten kontrolliert und 83 Prozent seien von der EZB geschaffen worden, überwiegend gegen den erbitterten Widerstand der Bundesbank. Im EZB-Rat werde

Deutschland regelmäßig überstimmt. „Die Bundesbank trägt die wesentlichen Maßnahmen der EZB nicht mit, sondern führt sie zähneknirschend aus“, bewertet Sinn das Betriebsklima im Frankfurter Eurotower.

Stoppen könne die entfesselten Währungshüter jetzt nur noch das Bundesverfassungsgericht. Das halte im Gegensatz zum Europäischen Gerichtshof wesentliche Maßnahmen der EZB für verfassungswidrig. Noch in diesem Jahr werde Karlsruhe urteilen, und dann, glaubt Sinn, müsse Draghi einen Rückzieher machen. „Das Verfassungsgericht ist die letzte Rettung.“

Sinn formuliert es nicht so, aber irgendwie scheint sein Bild Europas dann doch etwas holzschnittartig: Hochbrisante, billionenschwere Rettungspakete für die faule, überbezahlte Bevölkerung in den südlichen Schuldenstaaten der Eurozone, die schon viel zu lange über ihre Verhältnisse gelebt haben, von EZB-Chef Mario Draghi, einem Italiener, an den Parlamenten vorbei und gegen die Interessen Deutschlands durchgedrückt, werden uns nicht nur Inflation ins Land bringen, sondern müssen am Ende auch noch überwiegend vom deutschen Steuerzahler zu seinem eigenen Schaden bezahlt werden. Unsere Verfassungsrichter können hoffentlich gerade noch das Schlimmste verhindern. Oder, um es in seine Worte zu fassen: „Es ist alles irgendwie unschön.“



**Die ökonomische Perspektive: Deutschlands wohl bekanntester Wirtschaftsforscher Hans-Werner Sinn im Rheinhotel Dreesen. FOTO: FROMMANN**